

Hauptsatzung der Stadt Reinbek

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung vom 29.08.2013 und mit Genehmigung des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein folgende Hauptsatzung der Stadt Reinbek erlassen:

§ 1

Wappen, Flagge, Siegel und Amtskette

- (1) Das Wappen zeigt auf rotem Grund einen silbernen Wellenbalken, begleitet von drei silbernen Eichenblättern in Dreipassstellung, die Spitzen nach außen gekehrt. Die Verwendung des Stadtwappens zu künstlerischen, kunstgewerblichen oder heraldisch wissenschaftlichen Zwecken ist zulässig. Jede sonstige Verwendung des Stadtwappens bedarf der Genehmigung.
- (2) Die Flagge zeigt auf rotem Grund einen weißen, durchgehenden Wellenbalken, begleitet von drei weißen Eichenblättern, wie im Wappen.
- (3) Das Dienstsiegel zeigt das Stadtwappen mit der Umschrift „Stadt Reinbek“.
- (4) Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister kann bei feierlichen Anlässen die Amtskette tragen.

§ 2

Stadtverordnetenversammlung

- (1) Die Stadtvertretung führt die Bezeichnung „Stadtverordnetenversammlung“.
- (2) Die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter führen die Bezeichnung „Stadtverordnete“.

§ 3

Bürgervorsteherin / Bürgervorsteher

- (1) Die Bürgervorsteherin / der Bürgervorsteher vertritt die Belange der Stadtverordnetenversammlung gegenüber der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister als verwaltungsleitendem Organ der Stadt.
- (2) Die Bürgervorsteherin / der Bürgervorsteher vertritt bei öffentlichen Anlässen die Stadtverordnetenversammlung sowie gemeinsam mit der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister die Stadt als Gebietskörperschaft. Sie stimmen ihr Auftreten im Einzelfall ab.

§ 4 **Bürgermeisterin / Bürgermeister**

Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister wird auf die Dauer von sechs Jahren gewählt und erhält neben der Besoldung eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Kommunalbesoldungsverordnung.

§ 5 **Stellvertretung der Bürgermeistern / des Bürgermeisters**

(1) Die Stadtverordnetenversammlung wählt aus ihrer Mitte bis zu drei Stellvertretungen der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters. Die erste Stellvertretung führt die Amtsbezeichnung Erste Stadträtin / Erster Stadtrat. Die übrigen Stellvertretungen führen die Bezeichnung Stadträtin / Stadtrat.

(2) Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister wird im Falle der Verhinderung von der Ersten Stadträtin / vom Ersten Stadtrat vertreten. Bei Verhinderung der Ersten Stadträtin / des Ersten Stadtrats wird die Vertretung in der Reihenfolge der Wahl der übrigen Stadträtinnen / Stadträte wahrgenommen.

§ 6 **Gleichstellungsbeauftragte**

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte ist hauptamtlich tätig. Anderweitige dienstliche oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen dürfen ihr nicht übertragen werden.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte trägt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Stadt bei. Sie ist dabei insbesondere in folgenden Aufgabenbereichen tätig:

- Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung,
- Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkung für Frauen,
- Mitarbeit an Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Stadt,
- Anbieten von Sprechstunden und Beratung für hilfesuchende Frauen,
- Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um frauenspezifische Belange wahrzunehmen.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte unterliegt der allgemeinen Dienstaufsicht der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters; sie ist in Ausübung ihrer Tätigkeit an fachliche Weisungen der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters nicht gebunden.

(4) Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihres Aufgabenbereichs an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass deren Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.

(5) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in ihrem Aufgabenbereich eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dabei ist sie an Weisungen nicht gebunden. Sie kann an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind ihr rechtzeitig bekannt

zu geben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 7 Ausschüsse

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach §§ 45 (1) und 45a (1) GO werden gebildet:

| Bezeichnung des Ausschusses | Mitglieder der Ausschüsse | | Aufgabengebiete |
|--|---------------------------|---|---|
| | Gesamtzahl | davon Bürgerliche Mitglieder gemäß § 46 (3) GO bis zu | |
| 1.1 Hauptausschuss | 12* | - | § 45 b GO § 10 Hauptsatzung Polizeibeirat Stellenplan Werkausschuss |
| *davon die Bürgermeisterin / der Bürgermeister ohne Stimmrecht | | | |
| 1.2 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft | 11 | 5 | Finanzwesen, Steuern, Prüfung der Jahresrechnung / des Jahresabschlusses, Liegenschaften, Wirtschaft, vertragliche ÖPNV-Angelegenheiten, Baukostencontrolling |
| 1.3 Jugend-, Sport- und Kulturausschuss | 11 | 5 | Spielplätze, Jugend, Sport, Kultur, Weiterbildung |
| 1.4 Sozial- und Schulausschuss | 11 | 5 | Soziales, Schulen, Aufgaben nach dem KiTaG |
| 1.5 Bau- und Planungsausschuss | 11 | 5 | Planungen nach BauGB und LNatschG (Grünordnungsplan), überörtliche Planungen, |
| 1.6 Ausschuss für Umwelt und Verkehrsplanung | 11 | 5 | Umwelt, Landschaftsplan, Agenda 21, Kleingartenangelegenheiten, Betriebshof, Verkehrsplanungen Klimaschutz |
| 1.7 Feuerwehrausschuss | 11 | 5** | Feuerwehren, örtlicher Katastrophenschutz |
| **Die Gemeindeführung oder Stellvertretung nimmt als Sachkundige nach § 16 c GO an den Ausschusssitzungen teil | | | |

Die Zahl der Ausschusssitze kann sich durch die Anwendung von § 46 (1) und (2) GO erhöhen.

(2) Für jeden Ausschuss können die Fraktionen so viele stellvertretende Mitglieder vorschlagen, wie ihnen Ausschusssitze zugefallen sind. Fraktionen, denen weniger als drei Ausschusssitze zugefallen sind, können bis zu drei stellvertretende Mitglieder vorschlagen. Für den Hauptausschuss werden die stellvertretenden Mitglieder aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

§ 8

Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie diese nicht auf die Bürgermeisterin / den Bürgermeister, den Hauptausschuss oder andere Ausschüsse übertragen hat. Die Übertragung erfolgt mit der Auflage, den vorgegebenen Haushalts- und Budgetrahmen zu beachten.

§ 9

Aufgaben der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters

Außer den gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister die Entscheidungen über:

1. Stundungen,
2. den Verzicht auf Ansprüche der Stadt und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 60.000,- € nicht überschritten wird. Vor dem Abschluss von Vergleichen werden die zuständigen Gremien angehört / beteiligt,
3. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 60.000,- € nicht überschritten wird,
4. den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 60.000,- € nicht übersteigt,
5. den Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit der jährliche Mietzins 20.000,- € nicht übersteigt,
6. den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen, soweit der jährliche Mietzins 20.000,- € nicht übersteigt,
7. die Veräußerung und Belastung von Stadtvermögen, soweit ein Betrag von 60.000,- € nicht überschritten wird,
8. die Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 60.000,- €,
9. die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen bis zu einem Wert von 60.000,- €,
10. die Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 60.000,- €,
11. den Abschluss von Verträgen mit Architekten, Ingenieuren und Sonderfachleuten mit einem voraussichtlichen Honorar bis zu einem Wert von 60.000,- €

12. Entscheidungen über die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB. Sofern die Verwirklichung des betreffenden Vorhabens die Grundzüge der Planung berührt oder von besonderer städtebaulicher Bedeutung ist, ist der Bau- und Planungsausschuss im Voraus über die Erteilung des Gemeindlichen Einvernehmens zu informieren..
13. die Angelegenheiten unterhalb der in der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse festgelegten Grenzen / Wertgrenzen,
14. die Feststellung gemäß § 20 GO.

§ 10 **Aufgaben des Hauptausschusses**

(1) Außer den gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen dem Hauptausschuss die Entscheidungen, soweit sie über den Grenzen / Wertgrenzen in § 9 liegen:

1. die Vorbereitung der Gründung von Gesellschaften und anderen privatrechtlichen Vereinigungen,
2. die Bestellung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt in Eigengesellschaften und anderen privatrechtlichen Vereinigungen, an denen die Stadt bis zu 51 % beteiligt ist.
3. die Errichtung, die Umwandlung des Zwecks und die Aufhebung einer Stiftung einschließlich der Entscheidung über den Verbleib des Stiftungsvermögens, soweit ein Betrag von 300.000,- € nicht überschritten wird,
4. Vorbereitung der Ziele und Grundsätze der wirtschaftlichen Betätigung und privatrechtlichen Beteiligung der Stadt,
5. den Verzicht auf Ansprüche der Stadt, soweit ein Betrag von 120.000,- € nicht überschritten wird, die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 300.000,- € nicht überschritten wird,
6. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 300.000,- € nicht überschritten wird,
7. den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit ein Betrag von 150.000,- € nicht überschritten wird,
8. den Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit ein jährlicher Betrag von 100.000,- € nicht überschritten wird,
9. den Abschluss von Miet- und Pacht-Verträgen, soweit ein jährlicher Betrag von 100.000,- € nicht überschritten wird,
10. die Veräußerung und Belastung von Stadtvermögen, soweit ein Wert von 150.000,- € nicht überschritten wird,
11. die Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften, soweit ein Wert von 300.000,- € nicht überschritten wird,

12. die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen, soweit ein Wert von 300.000,- € nicht überschritten wird,
13. Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses und Benennung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger für außerstädtische Gremien, soweit die Entscheidung nicht der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten ist (§ 28 GO)
- (2) Der Hauptausschuss ist für die folgenden Themen im Sinne des § 45 b GO zuständig:
1. Gebäudemanagement
 2. Stadtleitbild
 3. Controlling des Stadtbetriebes
- (3) Dem Hauptausschuss wird die Befugnis als oberste Dienstbehörde der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters übertragen.
- (4) Der Hauptausschuss entscheidet bei Stadtverordneten, Ehrenbeamtinnen und –beamten sowie bei ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern über die Verletzung der Treuepflicht. Er entscheidet ferner bei Stadtverordneten über die Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht.
- (5) Der Hauptausschuss trifft auf Vorschlag der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters die Personalentscheidungen für Inhaberinnen und Inhaber von Stellen, die der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister oder einer Stadträtin oder einem Stadtrat unmittelbar unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen.
- (6) Dem Hauptausschuss wird die Entscheidung über die Befangenheit seiner Mitglieder und der nach § 46 Abs. 9 GO an den Hauptausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.
- (7) Der Hauptausschuss nimmt gemäß § 45 b GO die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben im Bereich der Beteiligung wahr. Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister berichtet dem Hauptausschuss über die Geschäftslage der städtischen Beteiligungen. Dieser Bericht enthält Informationen zum jährlichen Wirtschaftsplan, der Wirtschaftsführung und den Wirtschaftsgrundsätzen gem. § 102 Abs. 4 und 107 GO.
- (8) Der Hauptausschuss erhält die Befugnis, Bereichsbudgets im Rahmen der Haushaltsplanungen in ihren Gesamtbeträgen für Fachausschüsse und Verwaltung verbindlich festzulegen.
- (9) Der Hauptausschuss nimmt die Beratungsfunktion für Stadtverordnungen gem. § 55 (3) LVwG wahr.

§ 11

Aufgaben der ständigen Ausschüsse

- (1) Die den Ausschüssen übertragenen Entscheidungen ergeben sich aus der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Zuständigkeitsordnung, die während der Öffnungszeiten im Rathaus eingesehen werden kann.
- (2) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 9 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmender Personen übertragen.
- (3) Die Ausschüsse sind verantwortlich für die Einhaltung der vom Hauptausschuss vorgegebenen Budgets.

§ 12 **Einwohnerversammlung**

(1) Die Bürgervorsteherin oder der Bürgervorsteher beruft mindestens einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner ein. Die Einwohnerversammlung kann und soll auch themenbezogen in den Stadtteilen durchgeführt werden. Das Recht der Stadtverordnetenversammlung, die Einberufung der Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt.

(2) Für die Einwohnerversammlung ist von der Bürgervorsteherin oder dem Bürgervorsteher eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens die Hälfte der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.

(3) Die Bürgervorsteherin oder der Bürgervorsteher leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit bis zu 5 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.

(4) Die Bürgervorsteherin oder der Bürgervorsteher berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Stadt und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens 50 % der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht die Angelegenheiten der Stadt betreffen, ist nicht zulässig.

(5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift soll mindestens die Zeit, den Ort der Einwohnerversammlung und die Tagesordnung sowie den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und das Ergebnis der Abstimmung enthalten. Die Niederschrift wird von der Bürgervorsteherin oder dem Bürgervorsteher und der Protokollführung unterzeichnet.

(6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung sind den städtischen Gremien zur nächsten Sitzung zur Beratung vorzulegen.

§ 13 **Verträge mit Stadtverordneten und der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister**

Verträge der Stadt mit Stadtverordneten, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Stadtverordnete oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 60.000,- €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 5.000,- €, halten. Ist dem Abschluss eines Vertrages eine Ausschreibung vorausgegangen und der Zuschlag nach der Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen oder der Verdingungsordnung für Bauleistungen oder der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 120.000,- €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 10.000,- €, hält.

§ 14 **Verpflichtungserklärungen**

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 60.000,- €, bei wiederkehrenden Leistungen 5.000,- € monatlich, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 64 Abs. 2 und 3 i.V.m. § 56 Abs. 3 GO entsprechen.

§ 15 **Verarbeitung personenbezogener Daten**

(1) Die Stadt ist um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sowie der sonstigen Ausschussmitglieder bei den Betroffenen gemäß §§ 13, 26 LDSG zu erheben und in einer Mitgliederdatei zu speichern, sofern die / der Betroffene ihr / sein Einverständnis schriftlich erklärt hat.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Erhebung von Namen, Anschriften, Funktionen, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum von ehrenamtlich Tätigen bei den Betroffenen gemäß §§ 13, 26 LDSG und Speicherung in einer Mitgliederdatei.

§ 16 **Veröffentlichungen**

(1) Neuerstellungen, Änderungen und Aufhebungen von Satzungen und Verordnungen werden im Internet auf der Reinbek-Seite (www.reinbek.de) bekannt gegeben. Hinweise auf die Änderungen erfolgen über die Tageszeitung „Bergedorfer Zeitung“. Die örtliche Bekanntmachung ist bewirkt mit Ablauf des Tages, an dem sie im Internet verfügbar ist.

(2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

(3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist. Örtliche Bekanntmachungen nach dem BauGB erfolgen zusätzlich zu dem in Absatz 1 genannten Verfahren in vollständiger Form in der „Bergedorfer Zeitung“. In diesen Fällen entfällt der Hinweis auf die Bekanntmachung im Internet.

§ 17
Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt mit Wirkung vom 29.08.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 10.04.2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 29.08.2013, außer Kraft. Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 GO wurde durch Erlass des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 06. November 2013 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Reinbek, den 18. November 2013

Stadt Reinbek
Der Bürgermeister

Axel Bärendorf
Bürgermeister